

Österreich und die europäische Integration – Chronologie 1945-2006

Urheberrecht: (c) Michael Gehler

URL: http://www.cvce.eu/obj/osterreich_und_die_europaische_integration_chronologie_1945_2006-de-74a26b48-396d-449b-8aea-5e081f2833e1.html

Publication date: 27/02/2013

Chronologie „Österreich und die europäische Integration 1945-2006“

8./9. 5. 1945:

Kapitulation der Deutschen Wehrmacht in Reims und Berlin-Karlshorst

5. 9. 1946:

Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen Alcide De Gasperi und Karl Gruber, die als Pariser Abkommen im Annex IV Bestandteil des italienischen Friedensvertrags wird und Rechte der Südtiroler sichern soll; Artikel 85 des Friedensvertrages postuliert, dass Annexe integrale Bestandteile des Vertrages sind

19. 9. 1946:

Züricher Rede von Winston Churchill: Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa und eines Europarates

10. 2. 1947:

Das als „europäische Lösung“ gedachte Gruber-De Gasperi-Abkommen wurde im Annex IV des italienischen Friedensvertrages verankert, ließ sich jedoch in der Folgezeit nur sehr eingeschränkt realisieren

4. 3. 1947:

Vertrag von Dünkirchen zwischen Großbritannien und Frankreich auf 50 Jahre gegen etwaige deutsche kriegerische Absichten geschlossen, Vorläufer des Brüsseler Vertrages (1948)

5. 6. 1947:

Ankündigung eines europäischen Wiederaufbauprogramms des US-Staatssekretärs George C. Marshall an der Harvard University

16. 7. 1947:

Konstituierung des Committee of European Economic Cooperation (CEEC), Österreich meldet einen Bedarf von 660 Millionen \$ für 1948 an

22. 9. 1947:

Maßnahmenkatalog des CEEC zur wirtschaftlichen Kooperation in Europa als Antwort auf die Rede Marshalls vom 5.6.

30. 10. 1947:

Unterzeichnung des GATT-Abkommens (General Agreement on Tariffs and Trade) von 23 Staaten in Genf (Beseitigung von "Vorzugszöllen"; Zollsenkung für gewerbliche Waren 19 %)

8. 11. 1947:

Aufnahme Österreichs in die UNESCO

2. 1. 1948:

Interimshilfsabkommen zwischen Österreich und USA

17. 3. 1948:

Brüsseler Vertrag (GB, F, Benelux): militärische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit

16. 4. 1948:

Gründung der OEEC (Organization for European Economic Cooperation, Vorläufer war das im Juli 1947 gegründete Komitee für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas) durch 16 europäische Länder (darunter auch die europäischen Neutralen Österreich, Schweden, Schweiz und Irland) mit Sitz in Paris: Koordinierung des ERP (European Recovery Program); Abbau der Handelsschranken und der Devisenkontrollen

8.-10. 5. 1948:

Ein Koordinierungsausschuss für die europäische Einigung beruft einen Kongress der Europaverbände in Den Haag ein, in dessen Resolutionen ein geeintes und demokratisches Europa sowie die Bildung eines Europarates gefordert wird. Ausgehend vom Haager Kongress gründet sich die „Europäische Bewegung“.

2. 7. 1948:

Österreich unterzeichnet das ERP-Abkommen mit USA (Geltungsdauer bis 30. 6. 1953)

10. 7. 1948:

Unterzeichnung des OEEC-Vertrags durch Österreich

27. 8. 1948:

Österreich wird Mitglied des International Monetary Fund (IMF) und der International Bank for Reconstruction and Development (IBRD)

16. 10. 1948:

Unterzeichnung des Abkommens über den innereuropäischen Zahlungs- und Rechnungverkehr (Verrechnung und Ziehungsrechte)

25. 1. 1949:

Abkommen zur Bildung eines Council of Mutual Economic Assistance (Comecon); dt.: Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in Moskau (UdSSR, Albanien, Bulgarien, SBZ/DDR, Mongolische Volksrepublik, Polen, Rumänien, CSR, Ungarn und Kuba)

3. 4. 1949:

Wahl Außenminister Grubers zum „Vizepräsidenten“, d.h. stellvertretender Generalsekretär der OEEC (Ansprache im Sender „Rot-Weiß-Rot“)

4. 4. 1949:

Unterzeichnung des NATO-Abkommens in Washington, ab 24. 8. 1949 in Kraft

5. 5. 1949:

Londoner Abkommen zur Gründung des Europarates (Frankreich, Großbritannien, Italien, Irland, Dänemark, Norwegen, Schweden, Benelux), ab 3. 8. 1949 in Kraft

9. 5. 1950:

Robert Schuman schlägt die Vergemeinschaftung der Europäischen Kohle- und Stahlerzeugung (Monnet-Plan)

25. 6. 1950:

Beginn des Koreakrieges

18. 8. 1950:

Der OEEC-Rat beschließt ein Liberalisierungsprogramm Bis 1955 erfolgt eine 90%ige Liberalisierung des innereuropäischen Handels mit Industriewaren (Befreiung von Exportrestriktionen)

19. 9. 1950:

Gründung der Europäischen Zahlungsunion (EZU) als Unterorganisation der OEEC, rückwirkend mit 1.7.1950, die unter den OEEC-Staaten einen multilateralen Zahlungsausgleich („Clearing“, langfristiges Ziel: „Konvertibilität“) herbeiführt; die Neutralen sind von Anfang an Mitglieder bzw. assoziiert

26. 9. 1950:

Kommunistische Agitationen und Streikversuche in Ostösterreich (Ober-, Niederösterreich und Wien)

24. 10. 1950:

Der französische Ministerpräsident René Pleven schlägt die Bildung einer integrierten europäischen Armee

vor

4. 11. 1950:

Unterzeichnung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) in Rom

18. 4. 1951:

Unterzeichnung des Vertrages zur Bildung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) bzw. Montanunion (Benelux, BRD, Frankreich, Italien), begrenzt auf 50 Jahre; Hohe Behörde in Luxemburg, die Neutrale bemühen sich um Beobachterstatus und verhandeln separat mit der Hohen Behörde

19. 6. 1951:

Nationalrat genehmigt den GATT-Beitritt Österreichs

19. 10. 1951:

Österreich wird Mitglied des GATT (unbedingte „Meistbegünstigungsklausel“)

24. 11. 1951:

Österreich erhält Beobachterstatus beim Europarat (ständige Beobachterdelegation in Straßburg: Rederecht in der Vollversammlung, aber fehlendes Stimmrecht)

27. 5. 1952:

Unterzeichnung des Vertrages zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) (Benelux, BRD, Frankreich, Italien)

23. 7. 1952:

EGKS-Vertrag tritt in Kraft

10. 3. 1953:

Entwurf der EVG-Versammlung zur Schaffung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG)

14. 4. 1953:

Im Ministerrat wird für die Montanunion ein österreichischer Beobachter bestellt

1. 5. 1953:

Eröffnung des gemeinsamen Marktes der EGKS

19. 5. 1953:

Die österreichische Bundesregierung bezeichnet die Schaffung einer ständigen Beobachterdelegation bei der Hohen Behörde als „Grenze des Möglichen“

1. 7. 1953:

Österreich tritt der EZU als Vollmitglied bei

27. 7. 1953:

Waffenstillstand in Korea

30. 8. 1954:

Französische Nationalversammlung setzt EVG von der Tagesordnung ab: das Projekt ist gescheitert

23. 10. 1954:

Gründung der Westeuropäischen Union (WEU): Italien und die BR Deutschland treten dem Brüssler Pakt bei

23. 10. 1954:

Unterzeichnung der Pariser Verträge: Beitritt der BRD zur NATO nach Scheitern der EVG

14. 12. 1954:

Ministerrat beschließt Verzicht auf Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der EGKS

24. 3. 1955:

Bundesrepublik erteilt den Pariser Verträgen ihre Zustimmung

15. 5. 1955:

Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages (Österreich, USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich), tritt am 27. 7. 1955 in Kraft

20. 5. 1955:

Benelux-Memorandum zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes

1.- 2. 6. 1955:

Außenministerkonferenz der EGKS-Staaten in Messina

26. 10. 1955:

Nationalrat beschließt Bundesverfassungsgesetz über die immerwährende Neutralität

14. 12. 1955:

Österreich wird Mitglied der Vereinten Nationen (UN)

21. 2. 1956:

Ministerrat genehmigt Beitritt zum Europarat (genehmigt durch den Nationalrat 1.3.)

16. 4. 1956:

Beitritt Österreichs zum Europarat

21. 4. 1956:

Spaak-Bericht über die Schaffung eines gemeinsamen Marktes (Grundlage für die Verhandlungen zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft=EWG)

8. 5. 1956:

Zollabkommen Österreichs mit der EGKS im Rahmen des GATT

19. 5. 1956:

Außenministerkonferenz in Venedig beschließt die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Ziel der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Euratom

18. 7. 1956:

Die OEEC schlägt eine Große Freihandelszone vor

23. 10. 1956: Außenminister Leopold Figl gibt bekannt, dass die österreichische Bundesregierung einen EGKS-Beitritt erwägt

29. 1. 1957:

Ministerrat in Wien spricht sich für eine Teilnahme an der geplanten Europäischen Freihandelszone aus

12. 2. 1957:

Außenminister Figl unterbreitet dem OEEC-Ministerrat Österreichs Vorschläge für die Freihandelszone

25. 3. 1957:

Unterzeichnung der Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschafts- und Atomgemeinschaft in Rom

(EWG, EAG/EURATOM: Benelux, BRD, F, Italien) mit unbegrenzter Laufzeit (Römische Verträge)

1. 1. 1958:

Inkrafttreten des EWG- und EAG-Vertrages

4. 1. 1960:

Unterzeichnung der Stockholmer Konvention zur Errichtung der EFTA (Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz)

3. 5. 1960:

EFTA-Vertrag tritt in Kraft

14. 12. 1960:

Unterzeichnung der Konvention von Paris zur Schaffung der OECD als Nachfolgerin der OEEC

1. 1. 1961:

Teilangleichung der nationalen Zollsätze der EWG

10. 2. 1961:

Staats- und Regierungschefs der EWG-Staaten beschließen engere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit. Christian Fouchet leitet einen Beamtenausschuss, der einen Plan ausarbeitet

31. 7. 1961:

Irland stellt einen Antrag auf Beitritt zur EWG

9. 8. 1961:

Großbritannien stellt einen EWG-Beitrittsantrag

10. 8. 1961:

Dänemark stellt einen EWG-Beitrittsantrag

19. 10. 1961:

Österreich, Schweden und die Schweiz beschließen, eine Assoziierung mit der EWG anzustreben

15. 12. 1961:

Österreich, Schweden und die Schweiz überreichen Anträge auf Assoziierung mit der EWG (laut Art. 238 EWG-Vertrag)

17. 4. 1962:

Verhandlungen über die Europäische Politische Union werden abgebrochen, weil kein Konsens über die Vorschläge des Fouchet-Ausschusses möglich ist

30. 4. 1962:

Norwegen stellt einen EWG-Beitrittsantrag

4. 7. 1962:

Chruschtschow bezeichnet beim Moskau-Besuch von Bundeskanzler Alfons Gorbach die EWG als ein Instrument der NATO

28. 7. 1962:

Außenminister Kreisky erläutert im Beisein des Handels- und Wiederaufbauministers Bock das österreichische Assoziierungsansuchen vor dem EWG-Ministerrat

14. 1. 1963:

Staatspräsident Charles De Gaulle legt sein Veto zum britischen EWG-Beitritt ein

22. 1. 1963:

Unterzeichnung des bundesdeutsch-französischen Vertrages in Paris („Elysée-Vertrag“)

29. 1. 1963:

Abbruch der Beitrittsverhandlungen der EWG mit Großbritannien

26. 2. 1963:

Im Gegensatz zu den Beitritts- und Assoziationskandidaten (Schweiz und Schweden) erneuert Österreich ausdrücklich seinen Wunsch nach einem baldigen Arrangement mit der EWG. In weiterer Folge strebt Wien allerdings keine Assoziierung, sondern einen Vertrag „besonderer Art“ („special arrangement“) mit Brüssel an

28. 2. 1963:

Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS warnt Österreich vor einer Assoziierung mit der EWG

2. 3. 1963:

Zurückweisung der TASS-Erklärung durch Österreich

20. 7. 1963:

Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens der EG mit 17 afrikanischen Staaten und Madagaskar in Jaunde

10. 7. 1964:

Die Pravda kritisiert die Gespräche zwischen Österreich und der EWG

19. 3. 1965:

Beginn des ersten Verhandlungsmandats Österreichs mit der EWG (bis Februar 1966)

8. 4. 1965:

Unterzeichnung des Vertrages über die Fusion der Exekutivorgane der drei Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EAG)

30. 6. 1965:

Die Verhandlungen über die Finanzierung einer gemeinsamen Agrarpolitik scheitern in der EWG. Frankreich bricht die Verhandlungen ab und betreibt „Politik des leeren Stuhles“

29. 1. 1966:

Sogenannter „Luxemburger Kompromiss“: De-facto-Verzicht auf den vertraglich intendierten Übergang zu Mehrheitsentscheidungen

7. 12. 1966:

EWG genehmigt 2. Verhandlungsmandat mit Österreich (bis Februar 1967)

16. 3. 1967:

Bundeskanzler Josef Klaus erwidert sowjetische Vorhaltungen bezüglich eines Arrangements mit der EWG

10. 5. 1967:

Zweiter EG-Beitrittsantrag Großbritanniens, ebenso Irland und Dänemark (11.5.)

1. 7. 1967:

Rom legt ein Veto gegen weitere Vereinbarungen zwischen Wien und Brüssel ein; Fusionsabkommen vom 8. 4. 1965 tritt in Kraft. Jean Rey avanciert zum Kommissionspräsidenten der EG als Nachfolger von Walter Hallstein

1. 7. 1968:

Verwirklichung der Zollunion vor dem vorgesehenen Termin (31. 12. 1969) und Einführung eines gemeinsamen Außenzolls

1./2. 12. 1969:

Staats- und Regierungschefs der EG treffen sich in Den Haag und beschließen forcierte Integration, stufenweise Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) bis 1980 und politische Zusammenarbeit; Beschluss zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Dänemark, Großbritannien, Irland und Norwegen

8./9. 12. 1969:

Die EG bekundet im Zuge des Abschlusses des Südtirolpakets und der Zurückziehung des italienischen Vetos ihr Interesse an neuen Kontaktgesprächen mit Österreich

18. 12. 1969:

Österreich präzisiert seine Vorstellungen hinsichtlich einer wirtschaftlichen Interimslösung (präferentielles Zoll- und Handelsabkommen)

1. 1. 1970:

Außenhandelskompetenzen gehen von den Mitgliedsstaaten auf die EG über

30. 6. 1970:

Die zweite Verhandlungsrunde über die Beitritte von Dänemark, Großbritannien, Irland und Norwegen wird in Luxemburg eröffnet

8. 10. 1970:

Der Plan des luxemburgischen Ministerpräsidenten Pierre Werner über die stufenweise Realisierung der WWU

27. 10. 1970:

Luxemburger Bericht (Davignon-Bericht) der EG-Außenminister an die Staats- und Regierungschefs über die EPZ

9. 2. 1971:

Ministerrat einigt sich in Brüssel über die WWU

22. 1. 1972:

Beitrittsverträge mit Dänemark, Großbritannien, Irland, Norwegen und der EG

21. 3. 1972:

Einführung der „Währungsschlange“ (max. 2,5 % Abweichung der Wechselkurse)

10. 5. 1972:

Irlands Bevölkerung billigt in einem Referendum der EG-Beitritt.

22. 7. 1972:

Unterzeichnung der bilateralen Freihandelsabkommen der EG mit den EFTA-Staaten Island, Österreich, Portugal, Schweden und Schweiz (Rest-EFTA), die 1973 in Kraft treten

18. 8. 1972:

Die UdSSR erinnert in einem Aide-Mémoire die österreichische Bundesregierung daran, dass die Abkommen in keiner Weise die von Österreich 1955 eingegangenen Verpflichtungen ändern könnten und sollten. Eine offizielle Bestätigung dessen von österreichischer Seite würde von der Sowjetunion „in gebührender Weise gewürdigt“ werden

20. 9. 1972:

In einem Aide-Mémoire greift die Bundesregierung die sowjetische Anregung auf und erklärt, gerne bereit zu sein, auch gegenüber Moskau offiziell ihren Standpunkt zu bestätigen, dass die Abkommen mit der EG „in keiner Weise den Umfang der Rechte und Pflichten“ der Signatarstaaten des Staatsvertrages und die aus dem Neutralitätsgesetz erwachsenden Bindungen „abändern können und sollen“

25. 9. 1972:

Die Norweger lehnen in einer Volksabstimmung den EG-Beitritt ihres Landes ab

2. 10. 1972:

Die Dänen stimmen einem EG-Beitritt ihres Landes zu

20. 10. 1972:

Staats- und Regierungschefs der erweiterten EG beschließen in Paris Ausbau der EG zur Europäischen Union und verabschieden einen Zeitplan zur Realisierung der WWU

1. 1. 1973:

Erweiterung der EG auf neun Mitgliedstaaten tritt in Kraft

11./12. 3. 1973:

Großbritannien, Irland und Italien bleiben der „Währungsschlange“ fern

14. 5. 1973:

Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens zwischen Norwegen und der EG

5. 10. 1973:

Freihandelsabkommen Finnland-EG

10. 12. 1974:

Staats- und Regierungschefs der EG beschließen in Paris als „Europäischer Rat“ zu tagen

28. 2. 1975:

Erstes Abkommen mit 46 AKP-Staaten über Handels-, Finanz- und Technikfragen wird in Lomé signiert

10./11. 3. 1975:

Europäischer Rat tagt erstmals in Dublin

30. 5. 1975:

Abschluss eines österreichisch-sowjetischen Handelsvertrags

5. 6. 1975:

Bevölkerung Großbritanniens stimmt in einer Volksbefragung für Verbleib in der EG

29. 12. 1975:

Tindemans-Bericht über die „Europäische Union“: Weiterentwicklung der Integration nötigenfalls mit „zwei Geschwindigkeiten“

13. 5. 1977:

EFTA-Gipfelkonferenz in Wien auf Initiative von Bruno Kreisky

1. 7. 1977:

Vollendung des Zollabbaus zwischen den 9-EG-Staaten

8. 4. 1978:

Europäischer Rat beschließt in Kopenhagen Direktwahl zum Europäischen Parlament

7. 7. 1978:

Europäischer Rat beschließt in Bremen die Schaffung eines EWS und einer Europäischen Währungseinheit

5. 12. 1978:

Europäischer Rat beschließt in Brüssel das Inkrafttreten des EWS ab 1. 1. 1979 mit dem ECU als dessen Kernpunkt

28. 5. 1979:

Beitrittsakte Griechenlands zur EG in Athen unterzeichnet

7./10. 6. 1979:

Erste allgemeine und direkte Wahl zum Europaparlament

31. 10. 1979:

Lomé-II-Abkommen zwischen der EG und 58 AKP-Staaten

11. 1. 1980:

Im Rahmen der EPZ wird die sowjetische Intervention in Afghanistan verurteilt

1. 1. 1981:

Griechenland wird 10. EG-Mitglied

6./20. 1. 1981:

Genscher und Colombo fordern eine Stärkung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit

4. 1. 1982:

EG-Außenminister verurteilen Verhängung des Kriegsrechtes in Polen

6. 4. 1982:

EG-Solidaritätserklärung für Großbritannien im Falklandkonflikt

16. 4. 1982:

EG-Einfuhrembargo gegenüber Argentinien

19. 6. 1983:

Europäischer Rat signiert in Stuttgart die „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union“

14. 2. 1984:

Vertragsentwurf zur Gründung der Europäischen Union (Altiero Spinelli-Ausschuss) wird vom Europaparlament angenommen

9. 4. 1984:

„Luxemburger Erklärung“ bei einem EG- und EFTA-Ministertreffen zur Dynamisierung der Beziehungen und Schaffung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsraumes

14./17. 6. 1984:

Zweite Direktwahl zum Europaparlament

8. 12. 1984:

Lomé-III-Abkommen der EG mit 65 AKP-Staaten

7. 1. 1985:

Jacques Delors Präsident der EG-Kommission

12. 6. 1985:

Beitrittsakten Spaniens und Portugals unterzeichnet

3. 12. 1985:

Der Europäische Rat einigt sich im Grundsatz über die Einheitliche Europäische Akte zum Ausbau der EG im Sinne der feierlichen Deklaration vom 19. 6. 1983

1. 1. 1986:

Beitritt Spaniens und Portugals zur EG, Beitritt Finnlands zur EFTA

17./28. 2. 1986:

Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) in Luxemburg und Den Haag

14. 4. 1987:

EG-Beitrittsantrag der Türkei

1. 7. 1987:

EEA tritt in Kraft, Einführung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ)

29. 3. 1988:

Die EG-Kommission gibt die Ergebnisse einer Studie mit dem Titel „Europa 1992 – die große Herausforderung“ bekannt, die eine Gruppe von Sachverständigen in ihrem Auftrag erstellt hat, um die Vorteile des einheitlichen Binnenmarktes wissenschaftlich zu analysieren („Cecchini-Bericht“)

25. 6. 1988:

Unterzeichnung einer Gemeinsamen Erklärung von EG und RGW über die Aufnahme offizieller Beziehungen

26. 9. 1988:

Unterzeichnung des EG-Kooperationsabkommen mit Ungarn

17. 1. 1989:

Jacques Delors, Präsident der EG-Kommission, schlägt vor dem Europäischen Parlament einen EWR zwischen EFTA und EG vor

27. 1. 1989:

Die VÖI beurteilt die Vorschläge von EG-Kommissionspräsident Jacques Delors vom 17. 1. 1989 zur Neugestaltung der Beziehungen zwischen EG und EFTA skeptisch

14./15. 3. 1989:

Staats- und Regierungschefs der EFTA begrüßen bei einem Gipfel in Oslo den Delors Vorschlag zum EWR

15.-18. 6. 1989:

Wahlen zum Europaparlament

17. 7. 1989:

Der EG-Beitrittsantrag Österreichs vom 14. Juli wird in Brüssel von Außenminister Alois Mock an Roland Dumas überreicht; der explizite Neutralitätsvorbehalt sorgt für Verwirrung und Irritationen, v.a. bei den Belgiern

10. 8. 1989:

Aide-Mémoire der Sowjetunion zum österreichischen EG-Beitrittsansuchen

9. 11. 1989:

Fall der Berliner Mauer

15. 12. 1989:

Unterzeichnung des Lomé-IV-Abkommens (multilaterale Entwicklungsabkommen)

19. 12. 1989:

Verhandlungsbeginn zwischen der EG und den EFTA-Mitgliedsländern über eine verstärkte Zusammenarbeit und die Bildung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR)

17. 5. 1990:

Entschließung des Europaparlaments zur deutschen Wiedervereinigung

19. 6. 1990:

Schengen Abkommen

25./26. 6. 1990:

Der Europäische Rat einigt sich in Dublin auf die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Verwirklichung der WWU und einer zweiten Regierungskonferenz zur Politischen Union

1. 7. 1990:

Inkrafttreten der Deutschen Wirtschafts- und Währungsunion (Zollunion EWG-DDR); Inkrafttreten der ersten Phase der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

3. 10. 1990:

Deutsche Wiedervereinigung vollzogen

8. 10. 1990:

Beitritt Großbritanniens zum Europäischen Währungssystem (EWS), im Sommer 1992 erfolgt wieder der Austritt

14. 1. 1991:

Wirtschaftsminister Wolfgang Schäuble beurteilt den EWR als „derzeit schnellsten Zug nach Brüssel“

1. 4. 1991:

Der Warschauer Pakt wird als Militärbündnis aufgelöst

4. 4. 1991:

ÖVP-Bundesparteivorsitzender Josef Riegler verneint das Erfordernis einer EWR-Volksabstimmung

15. 4. 1991:

Eröffnung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

1. 7. 1991:EG-Beitrittsantrag Schwedens (ohne Neutralitätsvorbehalt)

1. 8. 1991:

Stellungnahme der EG-Kommission zum Beitrittsantrag Österreichs ("avis"):Empfehlung seitens der EG-Kommission für den Rat, die Beitrittsverhandlungen mit Österreich aufzunehmen

1. 9. 1991:

Liechtenstein tritt der EFTA bei

5.-12. 10. 1991:

Transitverhandlungen zwischen der EG-Kommission und Österreich/Schweiz

21. 10. 1991:

Abschluss der politischen Verhandlungen zum EWR-Vertrag zwischen EG und EFTA in Luxemburg

9.-11. 12. 1991:

Staats- und Regierungschefs der EG-Staaten einigen sich beim Gipfel in Maastricht auf einen Vertrag zur Europäischen Union (Wirtschafts- und Währungsunion, Politische Union, Gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik)

14. 12. 1991:

Der Europäische Gerichtshof beeinsprucht den im EWR- Vertrag vorgesehenen EWR-Gerichtshof

16. 12. 1991:

Unterzeichnung der Assoziierungsabkommen mit Polen, Ungarn und der CSFR

7. 2. 1992:

Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Union in Maastricht

18. 3. 1992:

Finnland stellte den Beitrittsantrag zur EG (ohne Neutralitätsvorbehalt)

2. 5. 1992:

Unterzeichnung des EWR-Vertrages in Porto/Unterzeichnung eines Transitvertrages Österreichs mit der EWG

20. 5. 1992:

Die Schweiz stellt den Antrag auf Mitgliedschaft in der EG (ohne Neutralitätsvorbehalt)

2. 6. 1992:

Die Dänen lehnen in einem Referendum den Vertrag von Maastricht mit 50,7 % gegen 49,3 % ab

18. 6. 1992:

Bei einer Volksabstimmung in Irland billigt die Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit den Vertrag von Maastricht:68,7 % Ja-Stimmen!

9. 7. 1992:

Der Transitvertrag wird vom Nationalrat als gesetzesändernder und ergänzender Staatsvertrag genehmigt, der Vertrag erweist sich in weiterer als untauglich zur Eindämmung des Schwerverkehrs und Herabsetzung der Schadstoffausstoße

20. 9. 1992:

Bei einer Volksabstimmung votiert Frankreich mit 51,05 % gegen 48,95 % für den Vertrag von Maastricht

22. 9. 1992:

Nach mehr als achtstündiger Diskussion ratifiziert der Nationalrat mit den Stimmen der Regierungsparteien den EWR-Vertrag; die Grün-Alternativen stellen einen Misstrauensantrag gegen die Regierung

25. 11. 1992:

Norwegen stellt den Beitrittsantrag zur EG

6. 12. 1992:

Die Schweizer Bevölkerung lehnt den Beitritt ihres Landes zum EWR mit knapper Mehrheit ab:50,3 % stimmen dagegen, 49,7 % dafür, Verzögerung der Verwirklichung des EWR um ein Jahr)

11./12. 12. 1992:

Staats- und Regierungschefs der EG räumen in Edinburgh Dänemark Freistellungen vom Maastrichter Vertrag ein

13. 12. 1992:

In einer Volksabstimmung haben sich die Bürgerinnen und Bürger Liechtensteins für die EWR-Mitgliedschaft ausgesprochen

1. 1. 1993:

Beginn des EG-Binnenmarktes: vollständige Verwirklichung der Freiheit des Verkehrs von Personen, Kapital, Waren und Dienstleistungen, das geplante Inkrafttreten des EWR-Vertrages verzögert sich

12. 1. 1993:

Mit Island haben - bis auf die Schweiz - alle EFTA-Länder den EWR-Vertrag ratifiziert.

1. 2. 1993:

Beginn der EG-Beitrittsverhandlungen Österreichs, Schwedens und Finnlands

17. 3. 1993:

Mit einem Zusatzprotokoll ermöglichen die EG- und die EFTA-Staaten das Inkrafttreten des EWR-Vertrages nach dem Ausscheiden der Schweiz

5. 4. 1993:

Beginn der EG-Beitrittsverhandlungen mit Norwegen

18. 5. 1993:

Die dänischen Wähler billigen in einer zweiten Abstimmung den Vertrag von Maastricht mit 56,8 %, der in Edinburgh revidiert wurde

11./12. 12. 1993:

Staats- und Regierungschefs der EG räumen in Edinburgh Dänemark Freistellungen vom Maastrichter Vertrag ein

1. 1. 1994

Der EWR tritt in Kraft: 372 Millionen kommen dadurch in den Genuss der Vorteile eines freien Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehrs; die zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion tritt in Kraft: Schaffung des Europäischen Währungsinstituts (EWI) in Frankfurt/Main zur Einhaltung der Konvergenzkriterien; Alexandre Lamfalussy wird erster Präsident des EWI

16. 3. 1994:

Nach Finnland, Österreich und Schweden schließt auch Norwegen die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union ab

30. 3. 1994:

Schweden, Finnland, Norwegen und Österreich unterzeichnen die Verhandlungspakete der Beitrittsverträge

4. 5. 1994:

Das Europaparlament stimmt mit 374 „Ja“- bei 24 „Nein“-Stimmen und 61 Enthaltungen für die Beitritte der Neutrale ab

12. 6. 1994:

In Österreich stimmt die Bevölkerung mit 66,6 % für den EU-Beitritt ab

16. 10. 1994:

In Finnland stimmt die Bevölkerung mit 57 % für den EU-Beitritt ab

13. 11. 1994:

In Schweden stimmt die Bevölkerung mit 52,2 % für den EU-Beitritt ab

27./28. 11. 1994:

In Norwegen stimmt die Bevölkerung mit 52,2 % gegen den EU-Beitritt ab

1. 1. 1995:

Österreich, Schweden und Finnland sind Mitglieder der Europäischen Union, alle genannten Staaten treten aus der EFTA aus, Teilnahme Österreichs am EWS, Beobachterstatus bei der WEU

9. 1. 1995:

Österreich tritt dem EWS bei

24. 1. 1995:

Annahme der Partnership for Peace (NATO-Partnerschaftsprogramm)

26. 3. 1995:

Das Schengen Abkommen tritt in Kraft

28. 4. 1995:

Österreich unterzeichnet die Beitrittsakte zum Schengen Durchführungsübereinkommen (1990)

13. 10. 1996:

Erste Direktwahl zum Europaparlament in Österreich

1. 4. 1997:

Inkrafttreten des Schengen Abkommens mit Italien, die Brennerzollgrenze fällt

1. 7. 1997:

Österreich übernimmt den Schengen-Vorsitz

2. 10. 1997:

Unterzeichnung des Vertrages von Amsterdam

7. 10. 1997:

Inkraftsetzung des Schengen-Durchführungsübereinkommens für Österreich

1. 12. 1997:

Abhaltung des von der FPÖ beantragten Schilling- bzw. „Anti-EURO-Volksbegehrens“

1. 4. 1998:

Der sogenannte „Optionenbericht“ über die zukünftige Sicherheitspolitik der Bundesregierung scheitert; die Grenzkontrollen im Landverkehr zwischen Österreich, Italien und der Bundesrepublik Deutschland werden aufgehoben

1. 7. 1998:

Beginn der österreichischen EU-Präsidentschaft

21. 7. 1998:

Ratifizierung des Amsterdamer Vertrags durch Österreich

24./25. 10. 1998:

Informeller Europäischer Rat in Pörtlach

11./12. 12. 1998:

Europäischer Rat von Wien

31. 12. 1998:

Ende der österreichischen EU-Präsidentschaft

1. 5. 1999:

Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam

13. 6. 1999:

Zweite Europaparlamentswahl in Österreich

10./11. 12. 1999:

Der Europäische Rat beschließt in Helsinki, Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Rumänien und der Slowakei im Frühjahr 2000 aufzunehmen. Die Türkei erhält den Kandidatenstatus, d.h. sie gilt als beitriftswillig und verhandlungsbereit. Bis 2003 stellt die EU außerdem Krisenreaktionskräfte auf (European Rapid Reaction Force, ERRF), um selbständig militärische Operationen bewerkstelligen zu können. Der Rat beschließt ferner, im Februar nächsten Jahres eine Regierungskonferenz zur Revision der Verträge vorzulegen

15. 1. 2000:

In Brüssel beginnen die Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und der Slowakei

31. 1. 2000:

Gemeinsame Erklärung der 14 EU-Mitgliedsstaaten, im Falle der Regierungsbeteiligung der FPÖ Sanktionsmaßnahmen zu verhängen

1./2. 2. 2000:

In seiner zweiten Plenartagung gibt sich das Gremium zur Erarbeitung einer Grundrechtscharta den Namen „Konvent“

2./3. 2. 2000:

In Brüssel findet eine Ministerkonferenz der EU- und AKP-Länder mit Verhandlungen über eine Entwicklungspartnerschaft statt. Die EU und die AKP-Staaten einigen sich auf einen „Aktionsplan“, der nach Ablauf des Vierten Abkommens von Lomé im Februar durchgeführt werden soll

4. 2. 2000:

Angelobung der ÖVP-(Haider-)FPÖ-Regierung durch Österreichs Bundespräsident Thomas Klestil bei massiven innenpolitischen und internationalen Protesten; Inkraftsetzung der angekündigten Sanktionsmaßnahmen durch die EU 14-Staaten

14. 2. 2000:

Feierliche Eröffnung der Regierungskonferenz, die bis Dezember 2000 die Grundlage für institutionelle Reformen schaffen soll. Gegen die österreichischen Vertreter – Wien war von der „tour des capitales“ (Rundreise durch alle EU-Hauptstädte zur Erkundung der Positionen der einzelnen EU-Mitglieder) der portugiesischen Ratspräsidentschaft ausgenommen worden – erfolgte ein in unter EU-Staaten bis dato beispielloses Mobbing gegen österreichische Vertreter v.a. solche der FPÖ

19./20. 6. 2000:

Auf dem Europäischen Rat im portugiesischen Santa Maria da Feira wird das Prinzip der Differenzierung und des Nachholverfahrens für die Kandidatenländer bestätigt sowie die Bedeutung der Verwaltung für die Umsetzung des *acquis communautaire* unterstrichen. Die EU-Institutionenreform, mit der sich die seit Februar laufende Regierungskonferenz befasst, steht im Zeichen der EU-Erweiterung. Kommission und Parlament sollen verkleinert werden, um die Handlungsfähigkeit der EU zu erhalten. Nach der Erweiterung soll, so der Vorschlag der Kommission, die Anzahl der Kommissare 20 nicht überschreiten

23. 6. 2000:

In Cotonou (Benin) unterzeichnen die EU und die AKP-Staaten ein neues Abkommen

13. 9. 2000:

Aufhebung der bilateralen EU 14-Sanktionsmaßnahmen gegen Österreich im Rahmen der französischen EU-Präsidentschaft nach Vorlage eines Weisen-Berichts, der die unverzügliche Aufhebung der Boykottaktionen empfiehlt

28. 9. 2000:

Die Mehrheit der dänischen Bevölkerung entscheidet sich gegen einen Beitritt zur Euro-Zone

6.-11. 12. 2000:

Der EU-Gipfel in Nizza sieht umfassende Veränderungen bei den institutionellen Regelungen (Stimmengewichtung, Mehrheitsentscheidungen) vor, sowie eine EU mit zukünftig 27 Mitgliedsstaaten. Für das Jahr 2004 wird eine Vertragsreform in Aussicht genommen. Der Europäische Rat in Nizza legt die institutionelle Basis für die Erweiterung durch den Beschluss der zwischenstaatlichen Konferenz über Fragen der institutionellen Reform. Die von der Kommission vorgeschlagene Erweiterungsstrategie wird gebilligt, dessen Hauptelement der Fahrplan für die Verhandlungsführung ist

7. 12. 2000:

Der Entwurf für eine Grundrechtscharta wird am EU-Gipfel von Nizza feierlich „begrüßt“ und proklamiert, hat aber noch keine Rechtskraft

1. 1. 2001:

Griechenland wird zwölftes Mitglied der Euro-Zone auf Vorschlag der EU-Kommission (3. 5. 2000) – die Voraussetzungen waren aber nicht gegeben

26. 2. 2001:

Unterzeichnung des Unionsvertrags von Nizza (tritt erst 2003 in Kraft)

23./24. 3. 2001:

Der Europäische Rat trifft in Stockholm konkrete Entscheidungen zur Umsetzung von Wirtschaftsreformen, zu Zielen der Beschäftigungs- und Bildungspolitik sowie zum elektronischen Geschäftsverkehr

7. 6. 2001:

In einem Referendum lehnt die irische Bevölkerung den Vertrag von Nizza ab, die Wahlbeteiligung lag bei 32,9%. In einem weiteren Referendum stimmen die Iren nach intensiverer Debatte dann schließlich positiv ab, so dass der Ratifizierung von Nizza nichts mehr im Wege steht

15./16. 6. 2001:

Der Europäische Rat in Göteborg findet unter Massenprotesten von EU- und Globalisierungsgegnern statt. Die Staats- und Regierungschefs bezeichnen den Erweiterungsprozess als „unumkehrbar“ und benennen erstmals das Jahr 2004 als Beitrittszeitraum. Erneut wird bekräftigt, dass an der „Wegskizze“ als Rahmen für einen erfolgreichen Verhandlungsabschluss festgehalten werde. Unter der Bedingung, dass Fortschritte auf dem Weg zur Erfüllung der Beitrittskriterien in gleichbleibendem Tempo fortgesetzt werden, soll es der Fahrplan gestatten, die Verhandlungen mit den beitriftswilligen Ländern gegen Ende 2002 abzuschließen und sie an den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 als neue Mitgliedsstaaten zu beteiligen

25. 6. 2001:

Die EU und Ägypten unterzeichnen ein Assoziationsabkommen

11. 9. 2001:

Terroranschläge in New York auf das World Trade Center und Washington auf das Pentagon infolge entführter Passagierflugzeuge durch islamistische Fundamentalisten der Terrorgruppe Al Qaida unter Leitung von Osama Bin Laden lösen weltweites Entsetzen und Solidarisierung mit den USA aus. Die Bush-Administration verstärkt ihre politisch-militärischen Anstrengungen gegen das Taliban-Regime in Afghanistan, indem sie weiter die „Nordallianz“ unterstützt und sie intensiviert v.a. die schon angelaufenen

Kriegsvorbereitungen gegen das Regime Saddam Husseins im Irak

15. 12. 2001:

Der EU-Gipfel im belgischen Laeken erteilt einen offiziellen Auftrag zur Bildung eines „Konvents zur Zukunft der Europäischen Union“, der Vorschläge zur künftigen Gestaltung der Union ausarbeiten soll

1. 1. 2002:

Erster Umlauf der Euro-Banknoten. Die europäische Einheitswährung wird gesetzliches Zahlungsmittel

28. 2. 2002:

Ende der Gültigkeit der meisten nationalen Währungen der Euro-Länder als gesetzliches Zahlungsmittel; Eröffnung des „Konvents zur Zukunft der Europäischen Union“ im Europäischen Parlament in Brüssel. Er gibt sich den Namen „Verfassungskonvent zur Zukunft der Europäischen Union“

1. 3. 2002:

Zahlungen sind nur noch in Euro möglich

1. 4. 2002:

Der Umtausch der „Altwährungen“ der Euro-Länder ist nur noch bei den Nationalbanken der jeweiligen Länder möglich

17. 9. 2002:

US-Präsident George Bush spricht vom amerikanischen Anspruch auf einen konventionellen oder nuklearen Erstschlag („preemptive strike“) gegen „Schurkenstaaten“ und der „Achse des Bösen“ in der Welt und signalisiert damit einen Paradigmenwechsel US-amerikanischer Weltpolitik

28. 10. 2002:

Der Präsident des Verfassungskonvents Valéry Giscard d'Estaing präsentiert im Europäischen Parlament einen Entwurf, „das Gerüst einer künftigen Verfassung für Europa“, acht Monate nach Beginn der Arbeiten des EU-Reformkonvents. Konsens bestand hinsichtlich der Zustimmung zu einem „Verfassungsvertrag“; zum Einbau der Grundrechtscharta, der Rechtspersönlichkeit der EU und zur „doppelten Staatsbürgerschaft“

13. 12. 2002:

Der historische Gipfel in Kopenhagen ebnet der EU-Erweiterung um zehn neue Mitglieder den Weg. Der Beitritt soll zum 1. Mai 2004 erfolgen. Den ökonomischen Problemen und institutionellen Herausforderungen wird allerdings nicht genügend Rechnung getragen, obwohl es an Kritik und Warnungen nicht gefehlt hat. Ausgeblendet wird der Umstand, dass Mitglieder und Beitrittskandidaten weder nach Struktur noch nach Zielsetzungen eine Einheit bilden. Die Entscheidung der Erweiterung ist eine politische und wird weiter konsequent durchgezogen

1. 3. 2003:

Der Vertrag von Nizza tritt in Kraft

8. 3. 2003:

Positives Referendum (53%) in Malta für den EU-Beitritt

20. 3. 2003:

Der anglo-amerikanische Angriffskrieg gegen den Irak, der ohne UN-Mandat durch den UN-Sicherheitsrat erfolgt, einen Völkerrechtsbruch darstellt und daher illegal ist, vertieft die bereits vorhandene Spaltung der EU-Staaten in der Interventionsfrage und damit auch in der EU-Außen- und Sicherheitspolitik, so dass das Finalisierungsdatum der Konventsarbeiten fraglich wird

23. 3. 2003:

Positives Referendum (ca. 90%) in Slowenien für den EU-Beitritt

1. 4. 2003:

Kleinststaaten der EU berufen in Luxemburg einen Minigipfel der „Gleichgesinnten“ ein, v.a. mit Blick auf die Konventsarbeiten vor dem Hintergrund, dass sowohl Deutschlands als auch Frankreichs Außenminister Joschka Fischer und Dominique Villepin eine Doppelspitze, d.h. neben dem Kommissionspräsidenten auch einen EU-Präsidenten, wollen

12. 4. 2003:

Positives Referendum in Ungarn (ca. 85%) für den EU-Beitritt

16. 4. 2003:

Unterzeichnung der Beitrittsverträge für die zehn neuen EU-Mitglieder in Athen

9. 5. 2003:

Europatag mit Veranstaltungen in gesamt EU-Europa

10./11. 5. 2003:

Positives Referendum in Litauen für den EU-Beitritt

16./17. 5. 2003:

Positives Referendum in der Slowakei für den EU-Beitritt

7./8. 6. 2003:

Positives Referendum in Polen für den EU-Beitritt

12. 6. 2003:

Plenarsitzung des Verfassungskonvents

15./16. 6. 2003:

Positives Referendum in Tschechien für den EU-Beitritt

20. 6. 2003:

Auf seiner Tagung in Thessaloniki überreicht Konventspräsident Giscard d'Estaing dem Europäischen Rat in der Person des amtierenden griechischen Premiers und Europäischen Ratspräsidenten Costas Simitis den Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa. Er gliedert sich in vier Teile (organisatorisches Grundgerüst der EU, Definition, Ziele, Zuständigkeiten, Organe; die Charta der Grundrechte; Überarbeitung der Einzelbestimmungen des Vertrages der Europäischen Gemeinschaften [EGV] und der Europäischen Union [EUV] sowie Ratifikations- und Schlussbestimmungen)

14. 9. 2003:

Positives Referendum in Estland für den EU-Beitritt

20. 9. 2003:

Positives Referendum in Lettland für den EU-Beitritt

4.-5. 10. 2003:

Am EU-Gipfel in Rom gibt es eine Vielzahl von Änderungswünschen der Mitgliedsstaaten bezüglich des „Konventsentwurfs“. Die Frage des Aufschnürens des „Verfassungsvertrags“ spaltet die Mitgliedsländer, wobei die Trennlinie anders als noch in der Irakinterventionsfrage nun v.a. zwischen Gründerstaaten und Nachzüglern verläuft

12./13. 12. 2003:

In Brüssel scheitert der Gipfel der Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten in der seit Monaten debattierten und gewünschten Verabschiedung des Entwurfs für einen EU-Verfassungsvertrag, der vom Giscard-Konvent erarbeitet worden war. Nach außen und vordergründig betrachtet erscheinen die auf die in Nizza festgelegte Stimmengewichtung im Rat mit 27 (im Vergleich zu Frankreich, Deutschland, Italien und

Großbritannien 29) insistierenden Spanier (José Maria Aznar) und Polen (Lezek Miller) hauptverantwortlich für das Misslingen. Die Hintergründe für das vorläufige Scheitern sind komplexer

11. 3. 2004

Verheerender Terroranschlag in Madrid, zu dem sich islamistische Fundamentalisten aus Marokko unter Führung der Al Qaida bekennen. Bei einem Anschlag am Bahnhof Atocha auf eine Vorortebahnlinie sterben über 200 Menschen. Kurz darauf wird die rechtskonservative Regierung José Maria Aznar auch aufgrund in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen bewussten Desinformation offizieller Stellen über die Hintermänner des Attentats (die Regierung gab irreführende Hinweise in Richtung ETA) abgewählt. Die neue sozialistische Regierung Zapatero erklärt sich alsbald mit dem bisherigen Verfassungskonventsentwurf einverstanden, wodurch auch der polnische Widerstand geschwächt wird und in weiterer Folge fällt

1. 5. 2004

Die Europäische Union erweitert sich um zehn neue Mitglieder: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn und Zypern. Es ist die größte Erweiterung in der Geschichte der Europäischen Gemeinschaften und bedeutet gleichzeitig die politische Vereinigung des Kontinents und die formelle Überwindung der Spaltung Europas während des Kalten Krieges. Verhandlungen mit Bulgarien und Rumänien sind noch im Gange.

13. 6. 2004:

Wahlen zum Europäischen Parlament bei geringer Wahlbeteiligung

18./19. 6. 2004

Nach monatelangem Tauziehen einigen sich die EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel dank guter Vorarbeit der irischen Ratspräsidentschaft unter Bertie Ahern über die neue EU-Verfassung, die das erweiterte Europa demokratischer und transparenter machen soll. In zentralen Punkten wird der Konventsentwurf jedoch modifiziert, Kritiker meinen verwässert

29. 10. 2004:

Unterzeichnung des EU-Verfassungsvertrags in Rom. Für Österreich unterzeichneten den Verfassungsvertrag Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und die neue Außenministerin Ursula Plassnik

12. 1. 2005:

Das Europäische Parlament spricht sich mit großer Mehrheit für die EU-Verfassung aus. Von den 732 Parlamentariern waren 677 anwesend. 500 Mandatare (knapp 74%) stimmen dafür, 137 dagegen, 40 enthalten sich der Stimme

11. 5. 2005:

Der österreichische Nationalrat ratifiziert mit einer Gegenstimme den EU-Verfassungsvertrag

25. 5. 2005:

Der Bundesrat stimmt der Ratifikation zu

29. 5. 2005:

54,87% der Franzosen lehnen den EU-Verfassungsvertrag ab, die EU befindet sich seither in der Ratifikationskrise

1. 6. 2005:

61,6% der Niederländer lehnen den EU-Verfassungsvertrag ab, eine Nachdenkpause und Reflexionsphase wird gefordert, die EU befindet sich in einer ihrer schwersten Krisen nach dem Scheitern der EVG (30. 8. 1954) und der Politik des leeren Stuhls durch de Gaulle 1965/66

14. 6. 2005:

Nach Unterzeichnung des EU-Verfassungsvertrags durch Bundespräsident Heinz Fischer wird die Ratifikationsurkunde am 17. 6. 2005 in Rom hinterlegt

3. 10. 2005:

Offizieller Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nach Aufgabe des inhaltenden österreichischen Widerstandes für die Konzession fairer Lastenverteilung der anstehenden EU-Erweiterungen, Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit Kroatien

1. 1. 2006:

Beginn der österreichischen Ratspräsidentschaft

30. 6. 2006:

Ende der österreichischen Ratspräsidentschaft